

Berlin, 18.05.2009

Gemeinsame Erklärung BDI, BDA, ZDH und DIHK zur Finanzierungssituation der Unternehmen

Die spätestens seit Herbst 2008 zu beobachtenden Auftragseinbrüche bringen viele Unternehmen aus wichtigen Branchen derzeit in immense Liquiditätsprobleme. Bei der schwachen Auftragslage – und auch angesichts eigener Probleme – sind die Kreditinstitute nur sehr zögerlich bereit, entsprechende Betriebsmittelkredite zu vergeben. Aktuelle Berichte unserer Unternehmen deuten darauf hin, dass die Probleme in folgenden drei Bereichen zunehmen:

- Seit Verschärfung der Krise im Herbst 2008 stellen Kreditinstitute höhere Anforderungen an Sicherheiten oder bewerten vorhandene Sicherheiten geringer als zuvor.
- Der Zugang zu den Kreditprogrammen der Förderbanken ist langwierig oder die Hürden sind zu hoch.
- Selbst wenn das eigene Unternehmen keine Finanzierungsprobleme hat, kommen Verträge mit Geschäftspartnern häufig nicht zustande, weil Warenkredit- oder Exportversicherungen fehlen. Gleichzeitig wächst der Bedarf bei den Unternehmen, bislang unbesicherte Lieferverträge abzusichern. Somit kommen derzeit selbst solche Unternehmen in Finanzierungsschwierigkeiten, die eigentlich eine gute Auftragslage vorweisen können.

Viele Unternehmen befürchten, dass die Liquiditätsprobleme spätestens im Sommer Existenz bedrohend werden. Auch führt die Besonderheit der Krise dazu, dass die üblichen Instrumente das „wirkliche“ Kreditrisiko derzeit wohl nicht richtig einschätzen: Gängige Rating-Methoden basieren eher auf der kurz- und mittelfristigen wirtschaftlichen Situation von Unternehmen als auf deren längerfristigen Perspektiven. Aufgrund des starken Einbruchs der letzten Monate werden damit Ausfallwahrscheinlichkeiten seitens der Banken möglicherweise überschätzt. Zudem dürften sich die Kreditvergabesperrräume der Kreditinstitute weiter schmälern, da Institute aller Bankengruppen mehr oder minder hohen Abschreibungsbedarf haben – und somit das Eigenkapital zur Hinterlegung von Kreditengagements fehlt.

Die Bundesregierung hat zwar bereits mit dem Kredit- und Bürgschaftsprogramm eine Brücke gebaut. Die Hürden sind jedoch vielfach zu hoch, um den angesprochenen Liquiditätsproblemen Herr zu werden. Darüber hinaus zeigen sich bei der Leasingfinanzierung und bei den Konsortialkrediten Engpässe – auch, weil die Aus-

Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeber-
verbände

Bundesverband der
Deutschen Industrie

Deutscher Industrie-
und Handelskammertag

im Haus der
Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29
10178 Berlin

Zentralverband des
Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20 / 21
10117 Berlin

landsbanken nicht mehr in dem Maße wie bisher für die Refinanzierung zur Verfügung stehen.

BDA, BDI, DIHK und ZDH unterbreiten der Bundesregierung daher folgende Vorschläge, um die Finanzierungssituation für betroffene Unternehmen zu verbessern:

- Unternehmensbesteuerung nachbessern: Die Steuerpolitik muss gerade jetzt die notwendige Stärkung der Eigenfinanzierungskraft der Unternehmen und somit ihrer Bonität in den Vordergrund stellen. Krisen beschleunigende und Substanz steuernde Regelungen, wie die Zinsschranke, die Beschränkungen der Verlustverrechnung und gewerbesteuerliche Hinzurechnungen müssen schleunigst entschärft und angepasst werden. Darüber hinaus muss das mit der Unternehmensteuerreform eingeführte Instrument der Thesaurierungsrücklage für einbehaltene Gewinne von Personenunternehmen so nachgebessert werden, dass es von der Breite mittelständischer Unternehmen genutzt werden kann. Zudem schwächt die Besteuerung der Funktionsverlagerung den Forschungsstandort Deutschland.
- Bürgschaftsprogramm für Kreditversicherungen umsetzen: Die Angebotsverknappung im Warenkreditversicherungsgeschäft gefährdet Lieferketten und den Kreditzugang der beteiligten Unternehmen. Gerade in der Krise ist es wichtig, dass das bewährte Leistungsangebot der Kreditversicherer sich nicht nur auf beste Risiken erstreckt. Daher sollten die Gespräche von Bundesregierung und Kreditversicherern rasch zu Ergebnissen führen. Möglicherweise können die bereits bestehenden Angebote in Frankreich und Spanien auch als Beispiel für die Kreditversicherer am deutschen Markt dienen.
- Exportfinanzierung stärken, Exportkreditfinanzierung ausbauen: Die Finanzkrise macht die Finanzierung und Absicherung von Exportgeschäften der deutschen Wirtschaft sehr schwierig. Deshalb muss die Refinanzierung von Export finanzierenden Banken verbessert werden. Zudem ist der Zugang zu den Hermes-Bürgschaften praktikabel zu gestalten. Derzeit ist bei der Hermes-Exportbürgschaft für den kurzfristigen Finanzierungsbereich in den OECD- und EU-Ländern eine Ausweitung de facto kaum möglich: Die Bundesregierung muss für jedes Land eine aufwendige Einzelfallprüfung bei der EU-Kommission einreichen.
- Leasing als wichtiges Finanzierungsinstrument sichern: Die größten refinanzierenden Bankinstitute haben sich offenkundig aufgrund eigener Probleme aus dem Leasinggeschäft zurückgezogen. Eine Erleichterung könnte sein, Leasingforderungen wieder „notenbankfähig“ zu machen – die refinanzierenden Banken sollten die Forderungen wieder als Sicherheit bei der EZB hinterlegen können. Aufgrund der Anerkennung der Leasinggesellschaften als Finanzdienstleister ist dies derzeit nicht möglich.
- Avalkredite sollten rückverbürgt werden: Für die Zeit der Finanzkrise sollten Avalkredite zur Absicherung der Vertragserfüllungsgewährleistungen rückverbürgt werden. Der rückverbürgte Teil sollte bei einer entsprechenden Klarstellung nicht auf die Kreditlinien anzurechnen sein. Dies wäre ein weitgehend Haushalt schonendes Instrument, das vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute käme.
- EU muss bei Genehmigungsverfahren zeitnah reagieren: Die Bundesregierung hat mit dem Kredit- und Bürgschaftsprogramm vorausschauend gehandelt. Die Genehmigungsverfahren auf EU-Ebene verzögern aber die Bereitstellung der Kreditprogramme. Für die Bürgschaftsbanken ist die Kleinbeihilfenregelung immer noch nicht zugänglich. Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die häufig nicht über ausreichende Sicherheiten verfügen, benötigen das Angebot der Bürgschaftsbanken. Auch sollte der größere Handlungsspielraum der Bürg-

schaftsbanken, wie er vom Bund initiiert wurde, auf Bundesländerebene umfassend umgesetzt werden.

- Durchleitungszeiten beim KfW-Sonderprogramm verkürzen: Unternehmen berichten teilweise von sehr langen Wartezeiten. Fehlende Dokumente sind frühzeitig von Hausbanken und KfW einzufordern. Der Informationsaustausch zwischen KfW und Hausbanken muss intensiver vonstatten gehen. Viele Unternehmen sind auf rasche und verlässliche Informationen angewiesen.
- Risikotoleranz bei den KfW-Betriebsmittel-Krediten erhöhen: Der Liquiditätsbedarf der Unternehmen steigt, gleichzeitig sinkt ihre Bonität aufgrund der schwierigen Ertragslage. Zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen benötigen viele Unternehmen Kredite für Betriebsmittel; der Bedarf an Krediten für Investitionen hat sich nicht in gleichem Maße entwickelt. Es wäre daher zu überlegen, beim KfW-Programm für Unternehmen die Konditionen für Betriebsmittelkredite zu lockern und zumindest den Konditionen für Investitionskredite anzupassen. Das KfW-Programm sollte mithin in den Bonitäts- und Besicherungsklassen (5/4 und 6/3) für Betriebsmittelkredite gegen Risikoaufschlag geöffnet werden – wie dies bei den Investitionskrediten schon der Fall ist.
- Stellschrauben bei Risikoübernahme überprüfen: Angesichts der schwierigen Situation der Unternehmen ist eine weitere Anpassung der Regularien für die Haftungsfreistellung und Karenzzeit zu überprüfen. Zwar ist eine Risikobeteiligung der Hausbanken unabdingbar, doch scheitert die Durchleitung des KfW-Kreditprogrammes möglicherweise an einer noch zu hohen Mithaftung der Kreditinstitute.
- Klarstellungen bei den nichtzugelassenen Unternehmen im KfW-Sonderprogramm: Unternehmen mit einem Watch-List-Status und „Non Performing Loans“ Status sind generell vom Programm ausgeschlossen. Der Status sollte konkreter definiert werden, da Unternehmen z. B. auch auf Grund eines hohen Kreditvolumens einen Watch-List-Status haben können, ohne dass damit ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Frage steht.
- Keine falschen Erwartungen wecken: Das KfW-Sonderprogramm ist weder ein Förderprogramm mit vergünstigten Zinskonditionen noch ist es für jedes Unternehmen zugänglich. Insbesondere für kleinere Unternehmen steht mit dem KfW-Unternehmerkapital im „KMU-Fenster“ nach wie vor ein weit günstigeres Förderinstrument zur Verfügung. Diese Tatsachen müssen in der Informationspolitik der Regierung und der KfW, aber auch von den Hausbanken deutlich gemacht werden. Die Verbände selbst werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Betriebe über die Fördermöglichkeiten zu informieren.
- Kreditprogramme besser verzahnen: Aus Sicht vieler Unternehmen und Kreditinstitute kommt die Vielzahl der bereits länger bestehenden sowie der neuen Kredit- und Bürgschaftsprogrammen einem Finanzierungsdschungel gleich. Wenn Kreditanträge erst nach Wochen abgelehnt werden, weil zunächst das falsche Programm beantragt wurde, ist dies nicht akzeptabel. Hier sollten die Förderinstitute serviceorientierter vorgehen, ggf. Programmkombinationen besser abstimmen und in jedem Falle besser über diese informieren. Aber auch die Hausbanken sind hier in der Pflicht, im Sinne des Kunden zu handeln.
- „Basel II“ modifizieren: Unabhängig von der Finanzkrise ergibt sich durch „Basel II“ eine Prozyklik der Kreditvergabe – in der Rezession müssen die Kreditinstitute aufgrund höherer Ausfallrisiken mehr Eigenkapital hinterlegen, was wiederum die Kreditvergabe einschränkt (im Aufschwung vice versa). Aktuell addieren sich diese Bremswirkungen zu den Bonitätsverschlechterungen, die allein aus der Finanzmarktkrise resultieren. „Basel II“ sollte deshalb so modifiziert werden, dass ein Überschießen in künftigen Rezessionen (und Boomphasen) verhindert wird, ohne dass damit die Grundprinzipien dieses Regelwerks in Frage gestellt werden. Die diesbezügliche Grundsatzentscheidung im Rahmen des

jüngsten G20-Treffens unterstützen die vier Spitzenverbände ausdrücklich. Sie muss jedoch auch rasch realisiert werden.

Derzeit wird eines klar: Ohne intakte Wertschöpfungsketten und Zulieferstrukturen kann der Weg aus der Talsohle nicht beschritten werden. Dazu bedarf es stabiler Finanzmärkte. Dies ist das A und O für den Weg aus der Rezession heraus. Notwendig ist daher eine rasche Lösung für die hochriskanten Papiere in den Bankbilanzen. Die Unterzeichnerverbände unterstützen den Vorschlag der Bundesregierung, die Banken bzw. deren Eigentümer nicht aus der Verantwortung zu entlassen, ihnen aber Zeit für die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen zu verschaffen und zugleich den Steuerzahler so wenig wie möglich zu belasten.